

11

Angenommen

Einsetzung einer Kommission zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses, „Weihnachtsgeld niedersächsischer Beamt*innen“ vom 14.04.2018

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Wir fordern den Landesparteirat der SPD Niedersachsen auf, eine Kommission zur Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses 1.6 „Weihnachtsgeld niedersächsischer Beamt*innen“ vom 14.04.2018 einzusetzen.

Diese soll sich jeweils hälftig aus Mitgliedern der Landtagsfraktion und aus Mitgliedern der Partei zusammensetzen. Sie soll u.a. in Gesprächen mit Gewerkschaften Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten und diesem dem Landesparteirat im Jahr 2019 als Beschlussempfehlung vorlegen.

Begründung:

Der Landesparteitag am 14.04.2018 in Bad Fallingbostel hat den o.g. Antrag beschlossen und damit der Landtagsfraktion sowie dem Ministerpräsidenten den Auftrag mit auf den Weg gegeben „aktiv darauf hinzuwirken, dass die Einschnitte beim Weihnachtsgeld [...] rückgängig gemacht werden“.

Wie bereits Medienberichten zu entnehmen war, ist eine Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes mit hohen Kosten verbunden. Das Finanzministerium geht von rund 780 Millionen Euro für die 228.000 niedersächsischen Beamt*innen, Staatsanwält*innen, Richter*innen und Ruheständler*innen aus. Dass die Umsetzung dieses Beschlusses unter diesen Voraussetzungen nicht von heute auf morgen geschehen kann, liegt auf der Hand. Mit diesem Argument den Antrag jedoch völlig von der Hand zu weisen, entspricht nicht dem Willen der Partei.

Vielmehr sollten wir diese Gelegenheit nutzen, uns solidarisch hinter die jahrelangen Forderungen der Gewerkschaften stellen und uns dafür einsetzen, dass das Weihnachtsgeld auf lange Sicht, in welcher Form auch immer, schrittweise wieder eingeführt werden kann.